

# Bildungspolitik auf Saarländisch

*Im Saarland erleben wir, wie armselig und rückständig eine Bildungspolitik sein kann, die sich vornehmlich am Sparen orientiert. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, welche Probleme es mit sich bringt, wenn extrem finanz- und strukturschwache Bundesländer in die Lage versetzt werden, ihre Bildungsaufgaben völlig selbständig in die Hand zu nehmen.*

Von Arno Malburg  
(6. März 2005)

**G**enauso wie alle 16 Bundesländer bzw. Stadtstaaten hat auch das Saarland seine *Bildungshoheit*, d.h. es ist in der Gestaltung seiner Bildungsaufgaben völlig frei und braucht sich weder vom Bund noch von den anderen Ländern reinreden zu lassen. Die Unabhängigkeit der Länder in Sachen Schule und Bildung (auch als *Bildungsföderalismus* bezeichnet) bedeutet konkret: Es gibt in Deutschland kein einheitliches Bildungssystem, es existieren 16 verschiedene Varianten nebeneinander.

## ■ ineffektive Bildungs- bürokratie, die Unsum- men verschlingt

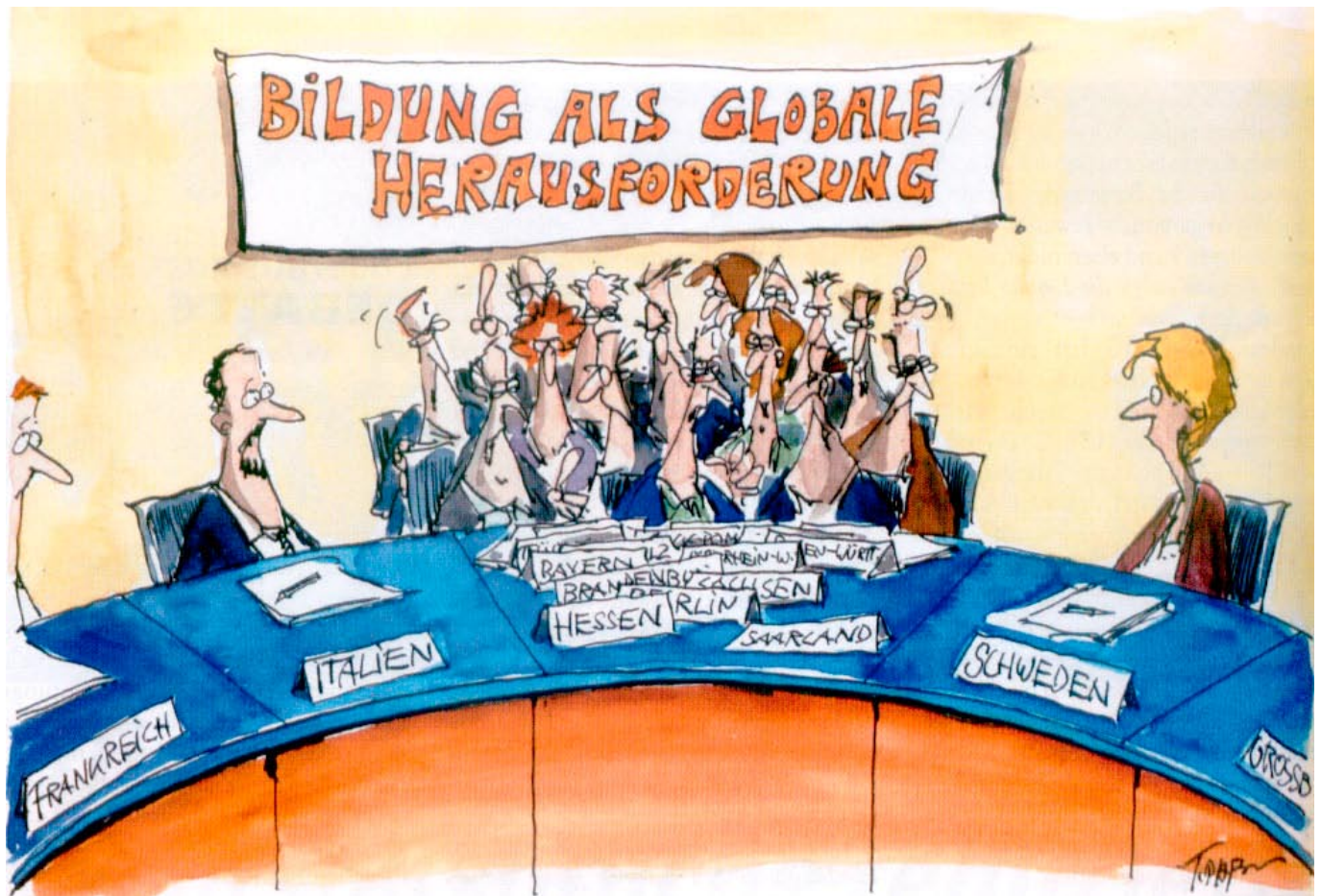
Wir leisten uns neben 16 Bildungs- bzw. Kultusministerien auch noch eine Kultusministerkonferenz, eine Behörde mit nahezu 200 Mitarbeitern, die für die Koordination dieser 16 Bildungssysteme verantwortlich ist. Hinzu kommt ein Bundesbildungsministerium, das paradoxerweise keinerlei Entscheidungsbefugnisse hat. Es darf die Länder zwar finanziell unterstützen

(wie beispielsweise jetzt beim Ausbau von Ganztagschulen), hat ihnen jedoch ansonsten keine Vorschriften zu machen. Das Geld vom Bund kann nicht an irgendwelche Bedingungen geknüpft werden wie beispielsweise die Einstellung von Lehrkräften.

## ■ zur Reformunfähigkeit verdammt

In diesem „Rückzug in die Schrebergärten“ liegt nach Ansicht vieler Fachleute auch das Kernproblem für das schlechte deutsche Abschneiden in der PISA-Studie. Alle notwendigen strukturellen Reformen im Sinne eines fortschrittlichen Bildungssystems, das den globalen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist, bleiben notwendigerweise auf der Strecke. Längst überfällig ist beispielsweise eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem. Es teilt Schüler wie in keinem anderen PISA-Land schon mit zehn Jahren auf Hauptschule, Realschule oder Gymnasium auf. Doch die Länder wollen davon nichts wissen. Sie verharren in ihrer Kleinstaaterei und sind noch nicht einmal bereit, über notwendige Strukturreformen zu sprechen.

Stattdessen wachen unsere Landesfürsten mit Argusaugen darüber, dass



ihnen niemand in die (Bildungs-)Suppe spuckt. Insbesondere das Saarland gebärdet sich als glühender Verfechter seiner Bildungshoheit. Sie sei „unabhängbare Voraussetzung für die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten“, war jüngst noch unisono im Landtag zu hören.

## ■ Das Land der Erbsenzähler

Doch wie sehen diese Gestaltungsmöglichkeiten nun konkret aus? Wer sich mit dieser Frage näher beschäftigt, kommt zu einem vernichtenden Ergebnis: Schulpolitik ist im Saarland seit mindestens 20 Jahren nichts anderes als Sparpolitik. Trotz steigender Anforderungen an Schule, trotz einer ständig wachsenden Zahl von leistungsschwachen und verhaltensauffälligen Schülern geschieht hierzulande genau das Gegenteil von dem, was eigentlich erforderlich wäre: Anstatt vermehrt in die Bildung unserer Kinder zu investieren, wird an ihnen gespart. Schulpolitik war in unserem struktur- und finanzschwachen Ländchen nie etwas anderes als eine Angelegenheit der Rechenkünstler und Erbsenzähler. Das einzige, was wirklich zählt, ist der kurzfristige Einspareffekt unterm Strich. Nach dieser Devise wurde im Saarland der Bildungsetat immer wieder angezapft um die Haushaltslöcher zu stopfen.

Dagegen hat man die langfristigen Folgen versäumter Bildungsaufgaben offensichtlich niemals ernsthaft in Betracht gezogen. Es spielt allem Anschein nach keine Rolle, wenn immense Folgekosten entstehen durch jahrelange Nachqualifizierungen. Langzeitfolgen mangelhafter Bildungsvoraussetzungen, wie z.B. eine oftmals dauerhafte Abhängigkeit von der öffentlichen Fürsorge oder im schlimmsten Fall ein Abgleiten in die Kriminalität, werden geflissentlich ignoriert.

Es wird auch nicht darüber gesprochen, dass der Anstieg der saarländischen Jugendkriminalität (jüngste Statistik) auch etwas mit dem Scheitern unseres Bildungssystems zu tun hat, das immer mehr Versager produziert.

Besonders blauäugig sind auch die Klagen unserer Politiker über die Jugendarbeitslosigkeit im Saarland. Gern übersehen wird nämlich, dass diese Misere weniger auf einen Stellenmangel zurückzuführen ist als auf die mangelhafte Qualifikation der Jugendlichen. Immer weniger Schulabsolventen sind

in der Lage, die vorhandenen Stellen auch zu besetzen. Die unverändert hohe Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (im Saarland etwa 12 Prozent) wird dabei einfach in Kauf genommen.

PISA bescheinigt Deutschland auch in der jüngsten Studie wieder einen erschreckend hohen Anteil von 20 Prozent sogenannter Risikoschüler. Als ‚Risikoschüler‘ werden die 15-Jährigen bezeichnet, deren Mathematik- und Lesekompetenzen nicht über Grundschulniveau hinausgehen. Die PISA-Studie belegt erneut, dass die Abhängigkeit des schulischen Erfolgs von der sozialen Herkunft in keinem anderen Land so groß ist wie in Deutschland. Das Saarland macht darin gewiss keine Ausnahme.

## ■ Saarländische „Bildungsoffensiven“

Eine solche Politik des bildungspolitischen Kahlschlags braucht immer wieder ein Deckmäntelchen, eine geeignete Verpackung, um verkauft werden zu können. Kürzungen und Streichungen fallen bei uns daher gern unter den Begriff der „Bildungsoffensive“. Die Schulpraktiker vor Ort schrecken jedes Mal zusammen, wenn das Kultusministerium wieder eine neue Bildungsoffensive ankündigt. Solche „Offensiven“ (oft auch „Initiativen“) bedeuten stets eine Verschlechterung des Status Quo. Genauso sollten auch die jetzt beschlossenen Grundschulschließungen der Öffentlichkeit verkauft werden. Und Kultusminister Schreier scheute nicht davor zurück, in der Saarbrücker Zeitung einen groß angelegten Artikel abdrucken zu lassen, wo die Schließungen sogar letztendlich als Qualitätsgewinn dargestellt wurden. Nur, allzu häufig benutzte Verdummungsstrategien geraten irgendwann mal an ihre Grenzen. Es ist eine pädagogische Binsenweisheit, dass mit kleineren Lerneinheiten besser und effektiver gearbeitet werden kann als mit großen. Lehrkräfte sind dann eher in der Lage, auch lernschwache Kinder angemessen zu fördern. Grundschulschließungen führen jedoch unweigerlich zu größeren Klassen, sie zerreißen bewährte und in sich gewachsene Lerngruppen, führen zu einem erhöhten Aufwand an Zeit und Fahrkosten für Schüler und Eltern und es entstehen gravierende Standortnachteile für die betroffenen Gemeinden. Nein, die Täuschungsabsicht war hier wohl doch zu offensichtlich. Jeder, der eins und eins zusammenzäh-

len kann, weiß, dass Schulschließungen und Zusammenlegungen von Klassen wohl kaum zu Unterrichtsverbesserungen führen können. So musste sich der Kultusminister dann sogar offiziell von der Arbeitskammer des Saarlandes belehren lassen, dass seine Rechnung nicht stimmt.

## ■ Mogelpackung G8

Ein weiteres Beispiel für eine solche Verschleierungstaktik ist G8, das Abitur in 8 Jahren, erstmals im Saarland eingeführt. Das war wirklich ein großer medienwirksamer Wurf, denn diese Mogelpackung konnte in der Öffentlichkeit tatsächlich als Erfolg, als eine große Pionierleistung des Saarlandes, verkauft werden. Doch die Betroffenen sehen es anders: G8 erhöht den ohnehin großen Leistungsdruck an Gymnasien, lässt kaum noch Raum für sinnvolle schulische Aktivitäten außerhalb der Pflichtfächer und die Zahl der Schulabbrecher steigt gewaltig. Doch darum geht es natürlich nicht. Das einzige, was für unsere Bildungsrechner tatsächlich zählt, ist die Tatsache, dass nach einem G8-Durchlauf an den Gymnasien ein kompletter Schuljahrgang wegfällt und somit eingespart werden kann.

## ■ SPD und CDU in „Großer Koalition“ beim Bildungsabbau

Doch wir wollen nicht ungerecht sein und alle Gemeinheiten der CDU-Regierung anlasten. Auch wenn die saarländische SPD sich in der Opposition heute als Gralshüter der wahren Bildung aufspielt, darf man nicht vergessen, dass sie sich in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung auch nicht mit Ruhm bekleckert hat. Unter Oskar Lafontaine erlebte das Saarland einen bildungspolitischen Kahlschlag, wie man ihn damals höchstens von konservativ geführten Ländern kannte. So steckte hinter der landesweit flächendeckenden Einführung von Gesamtschulen sicherlich nicht in erster Linie die Absicht, eine fortschrittlichere Schulform zu etablieren. Der wichtigste Effekt waren auch hier die erzielten Einsparungen: Man machte sich die Tatsache zunutze, dass Gesamtschulen ja schließlich alle Abschlüsse beinhalten. Folglich konnten andere Schulen dicht gemacht werden, um sie den Gesamtschulen einzuverleiben. War die Gesamtschule anfangs noch eine reine Reformschule, wurde sie dann auch schon bald zur

Regelschule erklärt und unterlag den üblichen Restriktionen (ständig steigende Klassen- bzw. Kursgrößen, Erhöhungen der Lehrerarbeitszeit, Aufnahmepflicht für alle Schüler usw.).

Wie wenig sich CDU und SPD bildungspolitisch unterscheiden, wenn's um's Sparen geht, erkennen wir daran, dass beide Parteien sich 1996 zusammengerauft haben, um mit Zwei-Drittel-Mehrheit die in der saarländischen Verfassung verankerte Hauptschule abzuschaffen. Diese Verfassungsänderung gilt bis zum heutigen Tag als äußerst umstritten. Es muss nach jetzigem Erkenntnisstand zumindest bezweifelt werden, ob Gesamt- und Realschulen geeignet sind, Hauptschüler angemessen zu fördern bzw. einen geeigneten Hauptschulabschluss zu gewährleisten. Doch auch hier siegte letztendlich nicht die Vernunft, ausschlaggebend waren wiederum nur die errechneten Einsparungen.

## ■ Erbärmliche Bilanz

Allein in den letzten 12 Jahren wurde im Saarland schon vier mal die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer verlängert. Im Wechsel dazu gab es im Schnitt alle zwei Jahre eine Korrektur der zulässigen Klassen- und Kursstärken nach oben. Inzwischen sind wir bei einer Zahl von 33 angelangt. Die Unterrichtsverpflichtung von Referendaren wurde kontinuierlich hoch geschraubt. Saarländische Lehrkräfte haben so gut wie keine Chance, sich beruflich zu verbessern. Ein beruflicher Aufstieg ist an die Besetzung sog. Funktionsstellen gebunden, von denen es natürlich viel zu wenig gibt. Die Folge ist ein ungeheurer Beförderungsstau und der Vetterwirtschaft wird Tür und Tor geöffnet. Es gibt im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern keine Altersteilzeitregelung. Im Gegenteil: bestehende Altersermäßigungsgrenzen werden regelmäßig höher gesetzt. Einsparungen gibt es außerdem bei der Eingangsbesoldung und bei der Neubesetzung frei werdender Stellen. Und die Streich- und Kürzungsliste ließe sich noch lange fortsetzen...

## ■ Gravierende Nachteile im Ländervergleich

Jedenfalls setzt das Saarland im Bildungsbereich die Sparschraube gnadenlos an, wo es nur irgendwie geht. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern entwickeln wir uns daher immer

mehr zu einem bildungspolitischen Entwicklungsland mit gravierenden Standortnachteilen für Schüler, Eltern und Lehrkräfte. Immer mehr Eltern, die es sich leisten können, melden ihre Kinder an Privatschulen an. Das Vertrauen in die staatlichen Schulen sinkt von Jahr zu Jahr kontinuierlich. Lehrkräfte, die nicht unbedingt darauf angewiesen sind, hier zu bleiben, bewerben sich in der Pfalz oder woanders. Wäre der Länderwechsel für schon bestehende Dienstverhältnisse nicht so schwierig, müsste man sicherlich von einer Flucht sprechen.

## ■ Finanzlage: ein Fass ohne Boden

Doch was sind die Beweggründe für eine solche Politik, die sich – quer durch die Parteien – kaltschnäuzig über die Belange künftiger Generationen hinwegsetzt?

Totschlag-Argument für alles ist natürlich die Finanzlage. Das Land hat inzwischen einen Schuldenberg von 8 Milliarden Euro angehäuft. In 2005 beträgt das Haushaltsvolumen 3,3 Milliarden bei gleichzeitiger Neuverschuldung von 810 Millionen. Jeder vierte Euro im Etat wird also über neue Schulden finanziert. Im Gegenzug sind für 2005 Einsparungen in Höhe von gerade mal 136 Millionen vorgesehen.

Die finanzielle Schieflage des Saarland zeigt sich vor allem in den immens hohen Ausgaben für die öffentliche Verwaltung. Sie betragen fast 60 Prozent des gesamten Haushalts. Über 40 Prozent gehen allein für die Personalkosten drauf. Da bleibt natürlich nicht mehr viel Spielraum bei den Löhnen und Gehältern der Landesbediensteten. Nachdem das Urlaubsgeld schon gestrichen und das Weihnachtsgeld empfindlich gekürzt wurde, schallt jetzt der Ruf nach Nullrunden und einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden. Und Peter Müller hofft auf einen baldigen Ausstieg aus dem Bundesbesoldungstarif, um seinen Landesbeamten die Löhne kürzen zu können.

## ■ Man kann ein Land auch kaputtsparen

Doch machen wir uns nichts vor: Selbst wenn es nach dem Auslaufen der Teilentschuldung wieder Unterstützung vom Bund geben sollte (6,5 Milliarden flossen zwischen 1994 und 2004), kann unser Mini-Ländchen auf Dauer nicht überlebensfähig sein. Der Preis für die

Eigenständigkeit ist einfach zu hoch. Das wissen unsere Berufspolitiker ganz genau. Doch anstatt in logischer Konsequenz endlich den Offenbarungseid zu leisten und auf einen Anschluss an Rheinland-Pfalz hinzuwirken, wird das Land weiterhin kaputtgespart. Hauptsache, die Pöstchen und Pensionen gehen nicht verloren. Da unsere Entscheidungsträger wohl kaum den Ast absägen werden, auf dem sie sitzen, ist nicht zu erwarten, dass wir aus dem Teufelskreis des Sparens jemals wieder rauskommen.

Wenn also Bildungsminister Schreier vor diesem Hintergrund durch die Grundschulschließungen 10 Millionen Euro einsparen will, ist dies, wie es der saarländische DGB-Chef Eugen Roth ausdrückte, nicht mehr als „ein Furz im Wind“. Und Roth weiter: „Was haben wir denn davon, wenn am Ende immer mehr wegziehen. Eine Bevölkerung mit 800.000 Einwohnern kann kein eigenständiges Bundesland sein. So fahren wir das Saarland gegen die Wand.“